

Von unserem Redakteur Christian Gleichauf

Vier Betriebsratsmitglieder des Automobilzulieferers Schedl in Heilbronn sollten gekündigt werden. So einfach, wie sich der Arbeitgeber das vorgestellt hat, läuft es allerdings nicht. In Gesprächen mit dem Betriebsrat soll die Geschäftsführung auch damit gedroht haben, den Standort mit 75 Mitarbeitern zu schließen, berichten Teilnehmer. Es wäre nicht das erste Mal, dass diese Drohung wahrgemacht wird.

Hermann K. ist heute arbeitslos. In verantwortlicher Position war er bei Schedl beschäftigt. Nach 22 Jahren Betriebszugehörigkeit erhielt er vor zwei Jahren die Kündigung – wie viele andere Beschäftigte am Standort der ehemaligen Schedl-Zentrale in Königswinter bei Bonn. Auslöser waren, wie er sagt, die dort geplanten Betriebsratswahlen. Schedl sei nach der Übernahme durch die Familie Preymesser 2017 ein anderes Unternehmen geworden. „An den ehemaligen Eigentümer und Chef gab es die Zusage, dass alles beim Alten bleibt“, sagt K. Weit gefehlt.

„Wirtschaftliche Gründe gab es für die Schließung nicht.“

Hermann K.

Nach der Übernahme habe sich die Firmenphilosophie verändert. In der Belegschaft wuchs die Unzufriedenheit, erzählt K. Susanne Nagel, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Bonn-Rhein-Sieg, erinnert sich: „Es war von Umstrukturierungen die Rede. Deshalb sind Mitarbeiter auf uns zugekommen, damit wir zu einer Wahlsammlung einladen und sich niemand in die Schusslinie stellen muss.“

**Nur nicht verhandeln** Kurz vor Weihnachten 2019 wurde das Vorhaben im fränkischen Neutraubling, dem Sitz der Spedition Preymesser, bekannt. Die Reaktion: „Am 3. Januar 2020 sind die Kündigungen an alle Mitarbeiter rausgegangen“, erzählt Hermann K. Der Standort mit fast 30 Beschäftigten sollte zum 30. Juni 2020 geschlossen werden. „Wirtschaftliche Gründe gab es für die Schließung nicht“, sagt der Mann, der zumindest nach außen anonym bleiben will. Das deutsche Betriebsverfassungsgesetz sieht vor, dass ein Arbeitgeber bei einer geplanten Schließung mit dem Betriebsrat über Abfindungen, Sozialpläne und auch über Alternativen verhandeln muss. Schedl sei dem einfach zugekommen. Das sieht Gewerkschaftssekretärin Nagel ähnlich. Schedl-Geschäftsführer Patrik Fierens widerspricht dieser Darstellung, äußert sich aber nicht weiter dazu.



Am Schedl-Standort in Heilbronn werden Räder für Audi und Porsche montiert. Foto: Archiv/Berger

## Mit Standortschließung wird nicht nur gedroht

HEILBRONN Der Autozulieferer Schedl hat sein Gesicht nach der Übernahme durch die Familie Preymesser verändert

### Demokratie im Unternehmen?

Dass Arbeitnehmer in einem Unternehmen ihre Rechte wahrnehmen, sei noch immer nicht selbstverständlich, beklagt IG-Metall-Gewerkschaftssekretär Philipp Zänker. Dabei gibt es das **Betriebsverfassungsgesetz** inzwischen seit 70 Jahren. In diesen Tagen feiert seine große Reform von 1972 den 50. Geburtstag. Eigentlich genug Zeit, sich an etwas mehr Demokratie im eigenen Unternehmen zu gewöhnen, findet der Gewerkschafter. Umstritten sind Details. Arbeitgeber wünschen

sich zum Jubiläum, dass in einer sich schnell verändernden Welt notwendige Veränderungen nicht durch langwierige Verfahren ausgebremst werden. Gewerkschaften fordern mehr Mitbestimmung gerade auch bei den Zukunftsthemen. Wie vielfach betont wird zum Jubiläum, sind sie sich aber einig darin, dass die betriebliche Mitbestimmung ein **Garant für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Stabilität** ist. Daran sollten beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, interessiert sein.

Es kommt also nicht von ungefähr, dass bei einem Gütertermin zu den gekündigten Betriebsratsmitgliedern vor dem Heilbronner Arbeitsgericht nicht nur Gewerkschaftsvertreter anwesend waren, sondern mit Jörg Ernstberger auch der **Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall** in der Region. Kommentieren möchte er die Vorgänge nicht. Doch dass er nicht glücklich ist über die Vorgänge und das Bild, das damit entsteht, das lässt er durchblicken. *agl*

de, habe Schedl später als „Missverständnis“ bezeichnet. Und so seien auch die Mitarbeiter bereit, für ihre Rechte zu kämpfen, so Zänker. Die Eigentümerfamilie Preymesser hat es bisher verstanden, weitgehend unter dem medialen Radar zu bleiben. Über die Vorgänge in Bonn berichtete keine Zeitung. In Neutraubling bei Regensburg, der Heimatadresse des Konzerns, ist über Preymesser wenig bekannt. Bei kulturellen Anlässen hält sich die Unternehmerfamilie zurück. Selbst die IG Metall findet keinen Zugang zu den Mitarbeitern. Der Druck scheint groß zu sein, vermutet Jürgen Scholz, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Regensburg. „Das ist Methode bei vielen Kontrakt-Logistikern, zu denen Preymesser gehört.“

Nur einmal schaffte es der Name in die Schlagzeilen. 2013 ging ein SWR-Journalist auf Undercover-Recherche, schufte als Leiharbeiter über eine komplizierte Werkvertragskonstruktion für den Mindestlohn von 8,19 Euro Seite an Seite mit Daimler-Beschäftigten, die das Dreifache verdienten. Die Dokumentation „Hungerlohn am Fließband“ brachte aber vor allem Daimler in Erklärungsnöte.

Preymesser schaffte es, als Logistiker seine Beschäftigten weiterhin



Die IG Metall nutzte einen Termin vor dem Arbeitsgericht Heilbronn, um auf die Vorgänge beim Autozulieferer Schedl aufmerksam zu machen. Fotos: Archiv/Berger/Gleichauf

deutlich unter den in der Metall- und Elektroindustrie üblichen Vergütungen zu bezahlen, ganz legal. Bei Schedl in Heilbronn liegt das Einstiegsgehalt heute bei gut 13 Euro, nicht weit über den derzeit diskutierten zwölf Euro Mindestlohn. Auch deshalb verhandelt die IG Metall einen Haustarifvertrag.

Dass sich die Eigentümerfamilie mit ihrem Vorgehen in der Vergangenheit auf der sicheren Seite wähnte, zeigt die angestrebte Kündigung der vier Betriebsratsmitglieder. Obwohl die Geschäftsführung aus Christina Preymesser und Patrik Fierens als auch die betreuende Kanzlei Schreiner + Partner waren wohl davon ausgegangen, dass diese Kündigungen ohne öffentlichkeitswirksame Reaktion der Gewerkschaft und ohne Widerhall in den Medien ausgesprochen werden können. Der Anwalt soll sich überrascht gezeigt haben, dass sich die Presse für die Vorgänge interessiert. Dabei profiliert sich die Kanzlei gerne als professioneller Berater bei Problemen mit dem Betriebsrat und hat vielfache Erfahrung mit der Kündigung von Arbeitnehmervertretern – was regelmäßig Kritik hervorruft.

„Ich glaube aber, dass sie lernfähig sind“, gibt sich Gewerkschaftssekretär Philipp Zänker optimistisch. In den Verhandlungen mit der Geschäftsführung habe sich schon etwas getan. Hermann K. ist nach seinen Erfahrungen anderer Meinung: „Christina Preymesser wird den Betriebsrat mit aller Macht verhindern, da bin ich überzeugt.“ Wer von beiden recht hat, wird sich demnächst zeigen. Denn zurückgezogen wurden die Vorwürfe gegen die vier Mitarbeiter bisher nicht. Sie sollen unter anderem falsche Angaben bei Spesenabrechnungen oder zu viel Arbeitszeit für Betriebsratstätigkeiten geltend gemacht haben. Ab Mitte Februar sind die Termine vor dem Arbeitsgericht Heilbronn angesetzt.

„Ich glaube, dass sie lernfähig sind.“

Philipp Zänker, IG Metall

**Ausweichende Antwort** Im Frühjahr folgen dann die turnusgemäßen Betriebsratswahlen. Steht dann der Standort Heilbronn wirklich zur Disposition? Auf die Frage unserer Zeitung, ob Schließungsdrohungen gegenüber dem Betriebsrat geäußert wurden, antwortete die Schedl-Geschäftsführung nur indirekt: „Die Standortfrage ist ausschließlich ein Thema der Auftragslage.“

## Die Angst vor dem Energie-Lieferstopp

Diskussion über mögliche Folgen des Ukraine-Konflikts – Rufe nach einer staatlichen Gasreserve

Von unserem Korrespondenten Hans-Jürgen Deglow

**BERLIN** Die Strom- und Gaspreise kennen seit Wochen nur eine Richtung – steil nach oben. Die Sorge ist groß, dass eine weitere Eskalation im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland Folgen für Preise und die Versorgungssicherheit Deutschlands haben könnte. Würde Russland den Gas-Export nach Westeuropa einstellen? Wie lange würden die Reserven reichen, woher könnte Ersatz kommen? Die USA bereiten sich jedenfalls auf eine mögliche Reduzierung russischer Gaslieferungen nach Europa vor.

Schon seit Anfang Oktober exportiert Russlands Staatsmonopolist Gazprom deutlich weniger Erd-

gas als in den vergangenen Jahren nach Europa. Die Verträge werden gerade so erfüllt. Im Hintergrund schwelt der Streit über die ausstehende Inbetriebnahme der Erdgaspipeline Nord Stream 2.

**Gasspeicher** Nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und BDEW weisen die Gasspeicher aktuell deutlich niedrigere Füllstände auf als um diese Zeit in den Vorjahren. Sie sind aktuell zu rund 40 Prozent gefüllt. Im Januar 2019 lag der Wert bei 70 Prozent, im Januar 2020 sogar bei 93 Prozent der Speicherkapazität.

Eine BDEW-Sprecherin sagte unserer Redaktion, man beobachte die Situation sehr genau und sei in engem Austausch mit dem Bundes-



Deutschlandweit gibt es eine Vielzahl von Gasspeichern. Foto: dpa

wirtschaftsministerium. Die Lage werde regelmäßig „entlang der bestehenden Vorsorgepläne neu bewertet“. Beim BDEW betont man auch: „Die Gaswirtschaft verfügt über ein breites Instrumentarium zur Gewährleistung einer stabilen Versorgung. Gasspeicher sind ein Instrument davon, aber nicht das einzige.“ Deutschland beziehe Erdgas auch während der Wintermonate kontinuierlich aus zahlreichen unterschiedlichen Lieferländern wie Norwegen oder den Niederlande, oder auch aus eigener heimischer Förderung sowie aus der Produktion regenerativer Gase (beispielsweise Biogas) in Deutschland.

Der Verband verweist aber auch darauf, dass fast 40 Prozent des russischen Staatshaushalts aus dem

Export von Öl und Gas bestritten werden. In finanzieller Hinsicht würde Russland also an dem Ast sägen, auf dem es selber sitzt.

**Alternative** Die Kapazitäten der LNG-Terminals, der Umschlaghäfen für Flüssiggas, sind laut BDEW noch nicht ausgeschöpft. Ähnlich hat sich gerade auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) geäußert: Sollten Lieferungen aus Russland ausbleiben, hält er ein Ausweichen auf andere Bezugsquellen für möglich. Die neu geschaffenen EU-Anlandungskapazitäten für Flüssiggas (LNG) in den Niederlande, Polen und Italien seien erst zu 30 Prozent ausgelastet. Habeck: „Würde man die auf 100 Prozent hochfahren, wäre es kapazitätsmäßig möglich,

weite Teile der Importe über LNG abzuwickeln.“

Einen anderen Weg zur Vorsorge schlägt der Chef des Energiekonzerns RWE vor. Markus Krebber sprach sich in der „FAZ“ für eine staatliche Gasreserve nach dem Vorbild der strategischen Ölreserven aus. Der deutsche Erdölbevorzugungsverband hält Ölvorräte, um Deutschlands Import-Bedarf für ganze 90 Tage zu decken. Eine strategische Gasreserve gibt es bisher nicht. Claudia Kemfert, Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), unterstützt die Idee einer staatlichen Gasbevorratung. Eine strategische Gasreserve wäre „sehr sinnvoll“, um in Notfallzeiten eine ausreichende Gasversorgung zu ermöglichen.